

Editorial

Die vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) erlassenen Richtlinien haben weitreichende Auswirkungen auf den Leistungsumfang der Gesetzlichen Krankenversicherung und damit auch auf die Versorgung von Patienten. In diesem Zusammenhang stellt sich immer wieder die Frage nach der verfassungsrechtlichen Stellung des G-BA im System der Gesetzlichen Krankenversicherung. Der Sozialrechtler Professor Peter Axer von der Universität Heidelberg hat sich beim Symposium der GRPG im Januar in Berlin ausführlich mit der Thematik auseinandergesetzt; seine sehr lesenswerten Antworten finden Sie in diesem Heft.

Seit nunmehr zwei Jahren ist das Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) in Kraft, mit dem der Gesetzgeber regulatorisches Neuland betreten hat. Zeit also eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Professor Dieter Cassel von der Universität Duisburg-Essen und Dr. Andreas Heigl, München haben sich der Mühe unterzogen und den bisherigen Anwendungsvollzug des AMNOG auf Fehlentwicklungen und Korrekturerfordernisse hin untersucht. Während viele im AMNOG bereits eine Erfolgsgeschichte sehen, kommen die beiden Autoren mit ihrer kritischen Würdigung der neuen Preisregulierungen auf dem Arzneimittelmarkt jedoch zu einem anderen Ergebnis, das in der gesundheitspolitischen Diskussion der nächsten Zeit Beachtung verdient. Dass es noch vor der Bundestagswahl zu Korrekturen kommt, ist nicht zu erwarten. Angesichts der im Beitrag beschriebenen versorgungs- und industriepolitisch relevanten Neben- und Folgewirkungen des AMNOG sind Nachbesserungen nach der Wahl hingegen nicht auszuschließen.

Jürgen Stoschek
Josef-Jägerhuber-Str. 4
82319 Starnberg

Der Gemeinsame Bundesausschuss im Brennpunkt gesundheitspolitischer Entscheidungen

Die verfassungsrechtliche Stellung des Gemeinsamen Bundesausschusses im System der Gesetzlichen Krankenversicherung
Peter Axer 3

Übersicht

AMNOG in der Umsetzung:
Preisregulierung als Innovationsbremse?
Dieter Cassel | Andreas Heigl, 10

Buchbesprechungen

Partizipative Gesundheitspolitik als Gesellschaftspolitik
Dr. Andreas Meusch 28

Werkstattbericht der gesundheitspolitischen Vordenker
Dr. Andreas Meusch 29

Arzneimittelgesetz: AMG, Kommentar
Astrid Wenke 30

Mitteilungen der Gesellschaft

20. Mitgliederversammlung der GRPG und wissenschaftliches Symposium
Jürgen Stoschek 31

Wissenschaftliches Symposium:
Der Rettungsdienst – Stiefkind der Gesundheitsversorgung? 32

Wissenschaftspreis im Gesundheitswesen

Die Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG) hat sich die Förderung des interdisziplinären Austausches und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf den verschiedenen Gebieten des Gesundheits- und Sozialrechtes aber auch im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik zum Ziel gesetzt. Durch eine Vertiefung rechtlicher, volkswirtschaftlicher, ethischer und medizinischer Gesichtspunkte will die GRPG zu einer Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses im Gesundheitswesen beitragen.

Zu diesem Zweck hat die GRPG einen Jahrespreis in Höhe von 2500 Euro für herausragende wissenschaftliche Arbeiten ausgeschrieben, der bevorzugt an Nachwuchswissenschaftler vergeben wird. Das Thema der Arbeit soll den Zielen der GRPG entsprechen. Die Annahme des Preises verpflichtet zur Erstpublikation der Arbeit oder deren Zusammenfassung in der Zeitschrift „Recht und Politik im Gesundheitswesen“. Sie darf in gleicher oder ähnlicher Form nicht bereits andernorts publiziert sein. Die Arbeiten müssen beim Präsidium der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG), Widenmayerstraße 29, 80538 München, bis spätestens zum 31. Mai des laufenden Jahres eingegangen sein.